Nr. 2 | 21. Mai 2021

AZB / 3011 Bern / Post CH AG

FDP
Die Liberalen

43. Jahrgang / Erscheint viermal jährlich / Offizielles Organ der FDP.Die Liberalen Kanton Bern

BERNER FREISINN

Gemeinsam weiterkommen.

Renteninitiative unterschreiben!

Bern-Mittelland
Die Könizerin Tatjana Rothenbühler (FDP) will Regierungsstatthalterin werden.
Seite 4

Regierungsratswahlen 2022
FDP-Sicherheitsdirektor Philippe Müller tritt zur Wiederwahl an. Ein Kurzinterview.
Seite 5

Kirchensteuern für Firmen
Die Jungfreisinnigen Kanton Bern wollen die Kirchensteuerpflicht für Unternehmen abschaffen.
Seite 7

Schlussspurt für die Renteninitiative
Die monatelange Unterschriftensammlung für die Renteninitiative neigt sich ihrem erfolgreichen Ende zu. Für die letzten Wochen bis zur Einreichung im Juli leisten die Jungfreisinnigen noch einmal einen grossen Effort, damit die Altersvorsorge gesichert werden kann.
Seiten 13 und 22

Peter Hodel ist gewählt

Bei den Solothurner Regierungsratswahlen gewinnt die FDP einen zweiten Sitz.
Seite 20

Es braucht jetzt den liberalen Kompass

Editorial von Stephan Lack, Kantonalpräsident

Jeder Schiffskapitän weiss, dass er zuerst seinen genauen Standort und sein Ziel kennen muss, bevor er mit seinem Schiff und seiner Mannschaft loslegen kann. Auch gehört es zu seiner Vorbereitung, dass er sich mit den Besonderheiten der gewählten Route und den möglichen erschwerten Bedingungen auseinandersetzen muss. Dazu braucht er zuerst einmal einen Kompass, eine Karte und präzise Kenntnisse über den Wellengang und die verschiedenen Strömungen.

In der Politik ist es nicht viel anders. Um ein ambitioniertes Ziel anzuvisieren, reicht es nicht, positiv zu sein oder mit glänzenden Augen von glorreichen alten Zeiten zu erzählen und sich gegenseitig Mut zuzusprechen.

Die FDP verkörpert den liberalen Pol
Politischer Erfolg – vor allem ein Turnaround – ist das Resultat von schonungsloser Analyse, ideenreicher Planung, professioneller Kommunikation, herausragendem Teamspirit und vor allem harter Knochenarbeit. Anders wird es nicht gehen.

Fortsetzung auf Seite 3

Impressum: **Herausgeberin/Redaktion/Inserate:** FDP.Die Liberalen, Postfach, 3001 Bern, T: 031 320 35 35, F: 031 320 35 00, E: info@fdp.ch, www.fdp.ch. **Kantonalteil:** Redaktion Berner Freisinn, Neuengasse 20, 3011 Bern, T: 031 320 36 36, F: 031 320 36 30, E: info@fdp-be.ch, www.fdp-be.ch. **Layout:** CH Regionalmedien AG, www.chregionalmedien.ch. **Druck:** CH Media Print AG, www.chmediaprint.ch

Inhalt

3–7 Berner Freisinn

8/9 Unternehmer sprechen sich für das CO_2-Gesetz aus

10/11 Ungerechtfertigte Skandalisierung der Landwirtschaft

12 FDP Frauen wollen Beruf und Familie besser vereinbaren

13 Engagierte Unterschriftensammler

14 Vorschau auf die Sommersession

15 Nein zu den Agrarinitiativen

16 NR Regine Sauter setzt sich für das Covid-19-Gesetz ein

17 Gute Gründe für das CO_2-Gesetz

18 Bundesrätin Karin Keller-Sutter im Interview

19 FDP bekennt sich zum bilateralen Weg

20 Peter Hodel ist Solothurner Regierungsrat

21 Gastbeitrag von Kamylla Lisi-Brandino

23 Vermischtes

Ja zur Individualbesteuerung: Jetzt Initiative unterschreiben!

Mehr Tempo ist nötig

Impfungen ebnen den Weg aus der Krise

Liebe Freisinnige

Mit den im April verkündeten Lockerungsschritten des Bundesrats haben wir endlich wieder ein Stück Freiheit zurückerlangt. Weiterhin gelten jedoch Corona-bedingte Einschränkungen – eine Perspektive und ein zuverlässiges Ausstiegsszenario sind auch mit dem bundesrätlich vorgeschlagenen Drei-Phasen-Modell noch nicht greifbar. Wir alle werden weiterhin auf eine harte Geduldsprobe gestellt.

Einen Impfzwang lehne ich ab. Jedoch gelingt uns der Weg aus der Krise nur mit einer koordinierten Impf- und Teststrategie. Die zuständigen Bundes- und Kantonsämter haben es verpasst, bis Ende April 30 Prozent der Bevölkerung zu impfen – und sind damit der Forderung der FDP aus ihrem 100-Tage-Aktionsplan nicht nachgekommen. Es muss endlich schneller vorwärtsgehen beim Impfen. Mit jedem Tag nehmen die gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Schäden zu.

Nicht nur die Corona-Krise beschäftigt die Schweiz, sondern auch die Beziehungen zur EU. Der bilaterale Weg mit der EU ist eine Erfolgsgeschichte – eine Sicherung und Weiterführung ist von höchster Bedeutung. Bundespräsident Parmelin ist Ende April ohne die erhofften politischen Zugeständnisse bei den ausstehenden Punkten aus Brüssel zurückgekehrt. Der Gesamtbundesrat ist aufgefordert, seine Führungsverantwortung wahrzunehmen und aufzuzeigen, wohin der Weg gehen soll.

Unseren Nachkommen eine intakte Lebensgrundlage sichern.

Klarheit besteht hingegen darüber, dass wir heute handeln müssen, um auch künftigen Generationen eine intakte Lebensgrundlage zu hinterlassen. Dies sind wir unseren Nachkommen schuldig. Deswegen unterstütze ich das CO_2-Gesetz und empfehle Ihnen, bei der Abstimmung am 13. Juni 2021 ein Ja einzulegen. Das Gesetz setzt auf liberale Rahmenbedingungen – nicht Verbote, sondern das Verursacherprinzip liegt ihm zugrunde. Es schafft die Voraussetzungen für nachhaltiges Wirtschaften, ohne dass dies zwingend mehr kostet. Der Schlüssel liegt in der Innovation.

Ihre Stimme zählt.

Nicht nur das Coronavirus fordert Menschenleben, sondern auch terroristisch motivierte Straftaten. Mit der Annahme der PMT-Vorlage – ebenfalls am 13. Juni 2021 in der Volksabstimmung – könnten wir präventiv dagegen vorgehen. Das Gesetz erhöht die Sicherheit und den Schutz für unsere Bevölkerung, unsere Werte und unsere Institutionen.

Freisinnige und liberale Werte sind die Grundlage des Erfolgsmodells Schweiz. Ich würde mich freuen, wenn auch Sie sich dafür einsetzen und am 13. Juni 2021 an die Urne gehen. Jede Stimme zählt! Unsere Abstimmungsempfehlungen finden Sie in der vorliegenden Ausgabe.

Ich wünsche Ihnen viel Freude bei der Lektüre und danke Ihnen herzlich für Ihre Unterstützung einer liberalen Politik.

Ihre Petra Gössi
Präsidentin FDP.Die Liberalen Schweiz

Fortsetzung von Seite 1

Die FDP.Die Liberalen ist die Partei des Liberalismus, der Demokratie und der Verantwortung. Als Mitte-Partei und unverwechselbares liberales Original verkörpert die FDP im Kanton Bern den liberalen Pol und vertritt diesen in Anliegen der Wirtschaft und der Gesellschaft glaubwürdig und konsequent. Als Partei der Freiheit, des Gemeinsinns und des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritts übernimmt die FDP auch eine besondere Verantwortung gegenüber der Umwelt sowie in Fragen der Gleichberechtigung, der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, der Generationen-Gerechtigkeit und der Zweisprachigkeit.

Acht Themenschwerpunkte

In den letzten Wochen und Monaten hat eine Arbeitsgruppe intensiv an der Strategie 2025 gearbeitet. Diese liegt im Rohentwurf vor und wird gegenwärtig durch einen konkreten Massnahmenplan unter Einbezug unserer Mitglieder des Grossen Rates konkretisiert und terminiert.

Dazu folgende Vorinformation: Die allgemeine Marschrichtung wird durch einen «liberalen Kompass» mit acht Themenschwerpunkten vorgegeben und mit pointierten und relevanten Thesen konkretisiert.

Der «liberale Kompass» soll uns in den nächsten Jahren kommunikativ sowohl intern wie extern als Leitplanke freisinniger Politik begleiten und auch den Kreisparteien und Sektionen als Navigationshilfe dienen.

Freisinniges Manifest als Ziel

Die Parteileitung, die Wahlkampfleitung und die Kreisparteien beabsichtigen darum, in acht Wahlkreisen zu je einem der acht Themenschwerpunkte einen Anlass durchzuführen. Es ist vorgesehen, zu einer pointierten These aus einem der acht Themenschwerpunkte jeweils ein hochwertiges öffentliches Panel-Gespräch an einem signifikanten Ort im Wahlkreis zu organisieren – vorzugsweise unter einem Patronat (Zeitung, Radio, Social Media). Natürlich soll auch der gesellige Teil nicht zu kurz kommen – auch da haben wir bekanntlich Nachholbedarf.

Stephan Lack, Kantonalpräsident

Der Schlussanlass findet dann im neunten Wahlkreis statt. Dort werden die acht Thesen zum «liberalen Kompass» zusammengefügt und als freisinniges Manifest der Berner FDP verabschiedet.

Parallel zur Definition der Strategie und der Gestaltung des liberalen Kompasses hat die kantonale Wahlkampfleitung unter Leitung von Konrad E. Moser seine Arbeit aufgenommen. Absicht ist es, die Wahlkampf-Instrumente auf kantonaler Stufe einheitlich (unter Einbezug der Kreisparteien) zu gestalten und zu produzieren und den eigentlichen Wahlkampf auf Stufe Wahlkreis in enger Zusammenarbeit mit den Sektionen und den Kandidierenden zu führen.

Keine Frage, die FDP wird bei den Grossratswahlen 2022 sehr gefordert sein. Ein gutes Resultat ist nur dann zu schaffen, wenn wir die richtigen Rezepte haben, diese in der Zielgruppe geschickt kommunizieren und im Wahlkampf alle am gleichen Strick ziehen – und zwar in die gleiche Richtung.

Darum brauchen wir einen liberalen Kompass.

Stephan Lack
Kantonalpräsident, Muri b. Bern

Mathias Berger

Regierungsstatthalterwahlen Verwaltungskreis Thun

Mathias Berger für Thun

Im Verwaltungskreis Thun gibt es Wahlen. Aufgrund der Pensionierung des freisinnigen Regierungsstatthalters Marc Fritschi muss der Posten neu besetzt werden. FDP und SVP haben sich auf die Kandidatur von Mathias Berger (SVP) verständigt.

Mathias Berger (SVP) ist Jurist und Anwalt und aktuell als Leiter Rechtsdienst der Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion des Kantons Bern tätig. Zuvor war er in leitenden Positionen im VBS, bei der FINMA, an Gerichten, aber auch in der Privatwirtschaft. Berger, der seit elf Jahren in Thun wohnt, ist verheiratet und hat zwei Söhne im Teenageralter.

Berger ist es wichtig, als Regierungsstatthalter ein offenes Ohr für das Gewerbe und die Gemeinden zu haben und deren Autonomie hochzuhalten.

www.mathias-berger.ch

Tatjana Rothenbühler

Unsere Regierungsstatthalterin

Am 13. Juni 2021 finden im Verwaltungskreis Bern-Mittelland Regierungsstatthalterwahlen statt. Der bisherige Statthalter Christoph Lerch (SP) tritt infolge Pensionierung nicht mehr zur Wiederwahl an. Die FDP.Die Liberalen tritt mit der Könizerin Tatjana Rothenbühler, einer erfahrenen und kompetenten Juristin, zu den Wahlen an.

Verschiedene Lebensstationen führen zu Erfahrung

Meine Erfahrungen bringe ich von meiner Ausbildung als promovierte Juristin, meinen verschiedenen beruflichen Tätigkeiten und als Politikerin in der Gemeinde Köniz mit. Dank meiner Arbeit im Könizer Parlament weiss ich, wie wichtig der Austausch zwischen dem städtisch und dem ländlich geprägten Raum ist. Ich bin es gewohnt, über die Parteigrenzen hinweg Gespräche zu führen und gemeinsam praxisbezogene Lösungen zu erarbeiten. Als Verwaltungsrätin eines Start-up-Unternehmens, Mitglied der KMU Köniz, aktives Mitglied verschiedener Vereine und auch als Mutter zweier Teenager verfüge ich über Lebenserfahrung in verschiedenen Bereichen.

Erst im Umgang mit Menschen zeigt sich Kompetenz

Dank meinem Rechtsstudium, meinen Weiterbildungen in Compliance sowie der politischen Geschäfte bin ich mir den Umgang mit Menschen

gewohnt und bringe neben der Fachkompetenz in heiklen Situationen auch die entsprechende Sozialkompetenz mit. Auf das breit gefächerte Aufgabengebiet einer Regierungsstatthalterin bin ich deshalb bestens vorbereitet.

Den Bürger ins Zentrum stellen

Es ist mir wichtig, mein Engagement und meine Erfahrung in den Dienst der Bevölkerung von

Bern-Mittelland zu stellen. Als 2. Vizepräsidentin des Könizer Gemeindeparlaments und der FDP.Die Liberalen Köniz setze ich mich seit Jahren mit Leidenschaft für die Bedürfnisse der Einwohner ein. Auch privat gehört das Engagement zugunsten der Gemeinschaft zu meinem Leben. Sei es im Elternrat, im Familienclub oder in der Kirchlichen Unterweisung (KUW) beim Kochen für die Kinder – die Hilfe, der Austausch und die Bürgernähe sind für mich entscheidend.

Lebensweg

Ich habe an der Universität Bern Rechtswissenschaften studiert und an der Universität Freiburg im Sicherheits- und Völkerrecht promoviert. Meine beruflichen Erfahrungen habe ich auf dem Regierungsstatthalteramt Fraubrunnen, bei der öffentlichen Hand in verschiedenen juristischen Funktionen, aber auch als stellvertretende Leiterin der politischen Geschäfte sowie bis heute in der Compliance gesammelt.

Als Mitglied der FDP.Die Liberalen setze ich mich politisch seit über 20 Jahren für eine bürgerlich-liberale Politik ein. Derzeit bin ich 2. Vizepräsidentin des Könizer Gemeindeparlaments und 1. Vizepräsidentin der FDP Köniz wie auch im Vorstand der FDP.Die Liberalen Mittelland-Süd.

Gemeinsam mit meinem Mann, unseren zwei Söhnen sowie meiner Schwiegermutter lebe ich in unserem Drei-Generationen-Haus im Spiegel bei Bern.

Das Engagement zugunsten der Gemeinschaft ist mir wichtig, weshalb ich mich nebst meinen beruflichen und politischen Aktivitäten gerne ehrenamtlich in verschiedenen Vereinen engagiere.

Tatjana Rothenbühler
2. Vizepräsidentin im Gemeindeparlament Köniz, Spiegel b. Bern

www.tatjana-rothenbuehler.ch

Stéphanie Mohler, Gemeinder. Wichtrach, FDP
« Tatjana scheut sich nicht, neue Aufgaben mit Elan und Fachwissen anzupacken. »

Florence Schmid, Stadträtin Bern JF/FDP
« Als Brückenbauerin vereint sie die Bedürfnisse von Stadt und Land. »

Laura Bircher, Vizepräsidentin JF/FDP Kt. Bern
« Mit ihrer Erfahrung ist sie perfekt für das Amt der Regierungsstatthalterin geeignet. »

Regierungsrat Philippe Müller 2019 an der Vereidigungsfeier der Kantonspolizei Bern.

«Die Weichen rechtzeitig stellen»

Kurzinterview mit Philippe Müller

Anfang Mai wurde bekannt, dass Regierungsrat Philippe Müller im März 2022 zur Wiederwahl antreten wird. Philippe Müller wurde 2018 in den Regierungsrat gewählt und führt seither die sehr grosse kantonale Sicherheitsdirektion.

Philippe Müller, offenbar gefällt Ihnen die Regierungsarbeit. Ist Ihnen die Entscheidung, wieder zu kandidieren, schwergefallen, und was hat Sie zu dieser Entscheidung gebracht? Es ist ein Knochenjob, der sehr fordernd, aber eben auch sehr interessant und erfüllend ist. Meine Arbeit gibt mir ein Gefühl des «Ankommens». Man kann etwas erreichen. Ich gehe jeden Tag gerne arbeiten. Deshalb ist mir die Entscheidung, wieder zu kandidieren, sehr leicht gefallen.

Bei früheren Wahlen war Ihr Motto «Müller tut was!», und Ihr Parteipräsident beschreibt Sie als anpackend und einer, der sich nicht zu schade ist, auch unpopuläre Sachen auszusprechen. Was waren aus Ihrer Sicht die wichtigsten Errungenschaften der vergangenen drei Jahre? Wichtig war mir insbesondere der notwendige Ausbau des Personalbestands der Kantonspolizei. Die im Vergleich zu anderen Kantonen relativ geringe Anzahl von Polizistinnen und Polizisten im Verhältnis zu den steigenden Einwohnerzahlen hat sich in den letzten Jahren akzentuiert. Es gilt, diesen Rückstand im Hauptstadtkanton aufzuholen. Der Grosse Rat hat diese Erkenntnis mitgetragen.

Weiter war die Beruhigung der Situation in meinem 1000-köpfigen und anspruchsvollen Amt für Justizvollzug ein Anliegen. Ich freue mich, feststellen zu können, dass die dazu notwendige Organisationsentwicklung sowohl in der Amtszentrale als auch in der Justizvollzugsanstalt Thorberg in eine sehr gute Richtung geht.

Beim immer wieder im öffentlichen Fokus stehenden Asylbereich stehe ich für eine konsequente Umsetzung der Volksentscheide – war aber auch bereit, im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten Spielräume – wie beispielsweise für die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis bei Lernenden – beim Staatssekretariat für Migration auszuloten.

Mit dem Vorschlag der Verselbstständigung des Strassen- und Schifffahrtsamts will ich auch langfristige Trends vorausschauend und zielgerichtet antizipieren. Man sollte hier aus einer Position der Stärke die Weichen richtig stellen und nicht erst, wenn man dazu gezwungen wird. In dieselbe Richtung geht auch die Diskussion um den Austritt aus der interkantonalen Polizeischule in Hitzkirch oder eine gemeinsame kantonale Einsatzzentrale für alle Blaulichtorganisationen zu schaffen. Auch hier geht es darum, frühzeitig wegweisende Entscheidungen zu fällen.

Und dann ist bei meiner sehr grossen operativen Direktion auch immer wieder das sogenannte Tagesgeschäft im Vordergrund. Sei es, wenn sich gegenüber dem neuen Polizeigesetz Befürchtungen wegen Verletzung der Grundrechte vor Bundesgericht als unbegründet erweisen oder wenn die Demonstrationsfreiheit während Corona eingeschränkt werden muss, damit viele Infektionen verhindert werden können.

Das vergangene Jahr war wegen der Corona-Krise für die bernische Kantonsregierung ein ausserordentliches und schwieriges Jahr. Viele Entscheide von grosser Tragweite mussten getroffen werden. Wie erleben Sie die Regierungsarbeit und die Zusammenarbeit im Regierungsrat während dieser Krise? Die Regierung ist sich des Ernstes der Lage bewusst. Entsprechend ist sie der Sache verpflichtet und nicht der Parteipolitik. Die Diskussionen im Regierungsrat sind sehr konstruktiv und zielorientiert. Ich denke, dass dies in den letzten Monaten auch gegen aussen spürbar war.

Mit der Verselbstständigung des kantonalen Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamts und dem Vorhaben einer kantonseigenen Polizeischule haben Sie jüngst ambitiöse Projekte lanciert. Was kommt noch? Es ist meine Aufgabe, Verbesserungsmöglichkeiten zum Wohl des Kantons und seiner Bürgerinnen und Bürger zu erkennen und frühzeitig anzustossen. Jede Veränderung führt aber mitunter auch zu Widerstandsreflexen, welche ich mit einer offenen Diskussion entkräften will. Wer nichts wagt, der gewinnt bekanntlich auch nichts.

FDP stellt jüngsten Gemeinderat

Der 22-jährige Nils Fuchs folgt auf den zurücktretenden Hans-Rudolf Burkhard im Interlakner Gemeinderat. Burkhard gehörte dem Gemeinderat Interlaken während fast elfeinhalb Jahren an und tritt per Ende August zurück. Nils Fuchs werde damit gemäss Gemeinde Interlaken das jüngste Gemeinderatsmitglied, das dem Gemeinderat Interlaken je angehört habe. Die FDP-Kantonalpartei geht davon aus, dass Nils Fuchs im Moment der jüngste Gemeinderat im Kanton Bern sein wird.

Daniel Arn übernimmt HIV-Präsidium

FDP-Grossrat Daniel Arn, Inhaber und CEO der Hans Christen AG in Herzogenbuchsee, wurde im April zum neuen Präsidenten des Handels- und Industrievereins des Kantons Bern gewählt. Der neue HIV-Präsident ist Repräsentant eines typischen Industriebetriebs und sowohl in der Wirtschaft als auch in der Politik bestens vernetzt. Daniel Arn ist 56 Jahre alt, verheiratet, Vater von zwei Kindern und wohnt in Muri bei Bern. Er übernimmt das Präsidium von Kurt Rohrbach, der den Wirtschaftsverband während der vergangenen sechs Jahre geführt hatte.

Parolen der Berner FDP für die eidg. Volksabstimmungen vom 13. Juni 2021

JA zum CO_2-Gesetz

STIMMFREIGABE zur Volksinitiative
«Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung»

NEIN zur Volksinitiative
«Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide»

JA zum Covid-19-Gesetz

JA zum Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen
zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT)

Sesselrücken im Emmental

Peter Sommer tritt per Ende Mai nach 15 Jahren aus dem Grossen Rat zurück. Der diplomierte Baumeister und Geschäftsführer des Bernischen Baumeisterverbandes engagierte sich im Kantonsparlament insbesondere für das Bau- und Bildungswesen. Er war Mitglied der Bau-, Energie-, Verkehrs- und Raumplanungskommission und Ersatzmitglied in der Bildungskommission. Der Wyniger war Urheber oder Mitunterzeichner von mehr als 50 Vorstössen im Bau- und Berufsbildungsbereich. Darunter stechen in den letzten Jahren insbesondere die Motion zum Erhalt des Bildungscampus Burgdorf sowie die Motion «PPP-Projekte müssen wieder möglich sein» heraus. Sommer gehörte auch zu den treibenden Kräften, die eine Lockerung beim Denkmalschutz anstrebten.

Als erster Ersatz auf der Wahlliste «FDP Unteres Emmental» rückt Michael Elsaesser nach. Der Betriebswirtschafter aus Kirchberg hat im letzten Jahr die Geschäftsführung der Bernerland Bank AG mit Sitz in Sumiswald übernommen. Vorher war er unter anderem als Unternehmensberater bei PwC sowie als Finanzchef der Einkaufsorganisation des Schweizerischen Auto- und Motorfahrzeuggewerbes (ESA) in Burgdorf tätig. Michael Elsaesser stammt aus einer Kirchberger Textilunternehmerfamilie.

JFBE fordern Klarheit!

Jungfreisinnige Kanton Bern

Die Jungfreisinnigen Kanton Bern sind im Abstimmungskampf zur Konzernverantwortungsinitiative gegen die Landeskirchen vor Bundesgericht gezogen. Erfolglos. Nun fordern sie ein Handeln der Politik.

Am 29. November 2020 hat das Stimmvolk über die Konzernverantwortungsinitiative (KVI) abgestimmt, bekanntlich lehnte es diese Initiative ab. Dieser Abstimmungskampf wurde in der ganzen Breite der Bevölkerung hochemotional geführt. Zu den hochrangigen Playern in diesem Diskurs zählten auch die bernischen Kirchgemeinden. So wurden riesige Plakate an Kirchtürmen aufgehängt, Manuskripte für Predigten den Pfarrerinnen und Pfarrern vorbereitet, es gab ein kirchliches Komitee pro KVI usw.

Als säkuläre Partei mussten wir uns gegen diese Einflussnahme in einem nationalen Abstimmungskampf wehren. Dies nicht, weil wir grossmehrheitlich die KVI ablehnten, sondern weil wir behördliche Einflussnahmen in einer liberalen Demokratie nicht akzeptieren dürfen.

«Kirchgemeinden sind über das Ziel hinausgeschossen»

Die bernischen Landeskirchen sind als öffentlich-rechtliche Körperschaft organisiert. Dies hat zur Folge, dass die Kirchgemeinden in ihrem Handeln den Grundrechten der Schweizerischen Bundesverfassung unterliegen.

Aus der Abstimmungsfreiheit geht hervor, dass sich öffentlich-rechtliche Körperschaften in Abstimmungskämpfen nur dann äussern dürfen, wenn sie direkt betroffen sind. Auch wenn in diesem Falle die Kirchen eine besondere Betroffenheit fingierten, indem sie sich etwa auf biblischen Leitlinien beriefen, dürfen sie sich nur im Rahmen von Sachlichkeit, Transparenz und der Verhältnismässigkeit äussern. Aus Sicht der Jungfreisinnigen sind die bernischen Kirchgemeinden mit ihren Aktionen weit über das Ziel hinausgeschossen.

Keine Beurteilung des Bundesgerichts

Aus diesem Grund haben einige Mitglieder der Jungfreisinnigen Kanton Bern beim Regierungsrat und darauffolgend beim Bundesgericht eine Abstimmungsbeschwerde eingereicht. Das Bundesgericht sollte darüber urteilen, ob die Propaganda der Kirche mit ihrer öffentlich-rechtlichen Stellung vereinbar war.

Inzwischen hat das Bundesgericht sein Urteil gefällt und beschlossen, die Sache als gegenstandslos abzuschreiben, da die Volksinitiative im Sinne der Beschwerdeführer angenommen wurde.

Die Jungfreisinnigen bedauern, dass das Bundesgericht keine abschliessende Beurteilung des Sachverhalts vorgenommen hat.

Unternehmen sollen aus Kirche austreten können

Unabhängig vom Entscheid des Bundesgerichts fordern die Jungfreisinnigen Kanton Bern die sofortige Aufhebung des Kirchensteuerobligatoriums für juristische Personen. Unternehmen sollen genau gleich wie natürliche Personen aus den Landeskirchen «austreten» können. Wir werden daher mit unseren Mitgliedern im Grossen Rat das Gespräch suchen und Möglichkeiten eruieren, um in dieser Sache aktiv zu werden. Finden unsere Positionen keine Mehrheit im Rat, werden die Jungfreisinnigen Kanton Bern eine Volksinitiative vorbereiten.

Alexander Martinolli
Präsident der Jungfreisinnigen Kanton Bern

Alexander Martinolli

Alexander Martinolli

Der 25-jährige Alexander Martinolli kommt aus Niederwangen und befindet sich aktuell im Notariatspraktikum mit dem Ziel, im Herbst 2022 die Notariatsprüfung abzulegen. Seit Oktober 2019 ist er Präsident der Jungfreisinnigen Kanton Bern. Nebst dem Jungfreisinn engagiert er sich auch im Vorstand der FDP-Kreispartei Mittelland-Süd. In seiner Freizeit geht er gerne ins Kino, zaubert leckere Gerichte in der Küche und geniesst die Ruhe auf einem Spaziergang durch den Wald.

Kantonales Komitee für die Individualbesteuerung

Die FDP Frauen Kanton Bern gründen ein überparteiliches, kantonales Komitee. Unsere Grossrätin Virginie Heyer übernimmt das Präsidium. Interessierte Personen können sich unter frauen@fdp-be.ch melden.

Aktionen und weitere Unterstützungsmöglichkeiten werden laufend unter www.fdp-frauen-be.ch/individualbesteuerung bekanntgegeben.

Weiterer Artikel auf Seite 12

Volksinitiative zur Einführung der Individualbesteuerung
www.individualbesteuerung.ch

IT-Unternehmen setzt auf Umweltschutz

Talus AG nimmt Verantwortung wahr

Michael Hänzi, Mitinhaber der Talus Informatik AG (Talus), unterstützt das CO_2-Gesetz. Für den Unternehmer ist klar, dass Anreize für umweltfreundliches Verhalten viel bewirken können. So produziert das Berner Unternehmen einen Drittel seines Strombedarfs selbst.

Michael Hänzi, Mitinhaber der Talus Informatik AG.

Einen Stuhl, einen Schreibtisch, einen PC, ein (damals klobiges) Handy und etwas Aktienkapital. Das war die Mitgift, die man mitbringen musste, wenn man Ende 1994 zu den Gründern der damaligen Tankred – Dienstleistungen für Verwaltungen AG (heutige Talus) – gehören wollte. Zwölf Gründer wagten den Schritt in die Selbstständigkeit und legten den Grundstein für das Informatikunternehmen, das heute gut 100 Mitarbeiter zählt. Zu den Initianten gehörte auch Michael Hänzi. Der heutige Mitinhaber und Verwaltungsrat hat die Entwicklung von der kleinen IT-Firma zum Anbieter für IT-Gesamtlösungen miterlebt und mitgeprägt. Heute zählt die Talus, die im bernischen Seedorf beheimatet ist, zahlreiche Gemeinden, Städte und Energieversorger zu ihren Kunden, die aus der ganzen Deutschschweiz und dem Tessin stammen. «Eigentlich wollten wir nie wachsen», sagt Hänzi. «Um der steigenden Anzahl Kunden ausreichenden Service zu bieten, wurden mehr Mitarbeiter nötig, und das führte schliesslich zur heutigen Grösse.»

Umweltschutz seit 1994

Der Firmenmitbegründer führt engagiert durch seinen geräumigen Betrieb und nimmt gerne zwei Treppenstufen auf einmal. Wegen der Homeoffice-Pflicht sind die meisten Mitarbeiter nicht anwesend. In normalen Zeiten können sie aber von einer Kantine und Aufenthaltsräumen profitieren. Pingpongtische und gelbe Wände erinnern entfernt an einen etwas grösseren Techkonzern. «Wir wurden auch schon als Google aus dem Seeland bezeichnet», sagt Hänzi lachend.

In den 27 Jahren seit der Gründung der Talus hat sich die IT-Welt fundamental gewandelt. Nicht verändert hat sich bei der Talus die Haltung, umweltschonend zu handeln. Bereits in den Unternehmensgrundsätzen von 1994 stand: «Wir wollen im

Drei Unternehmer für das CO_2-Gesetz

«Mit diesem Gesetz holen wir mehr Wertschöpfung in die Schweiz und senken gleichzeitig den CO_2-Ausstoss.»

Michael Schär
Stv. Geschäftsführer Hector Egger Holzbau

«Die Zeit ist reif für das CO_2-Gesetz. Der langfristige Nutzen ist grösser als mögliche Einschränkungen.»

Daniel Arn
CEO Hans Christen AG

«Das CO_2-Gesetz sorgt für Investitionen in der Schweiz, die dem Gewerbe und lokalen Firmen zugutekommen.»

Martin Flury
Meisterlandwirt

Rahmen unserer Möglichkeiten die Umwelt schonen und mit den begrenzten Ressourcen sorgfältig umgehen.» Diesen Grundsatz hat das Unternehmen seither beherzigt und auf verschiedenste Weise umgesetzt. In den letzten Jahren liess die Talus ihre Räumlichkeiten analysieren und nahm verschiedene energetische Sanierungen vor. Dank diesen Verbesserungen und einer Photovoltaikanlage auf dem Dach, die jährlich ca. 424 000 kWh produziert und damit einen Drittel des Strombedarfs des Unternehmens abdeckt. «Dank unserem erfreulichen Geschäftsgang in den letzten Jahren konnten wir uns diese Investitionen leisten und unsere Umweltbilanz verbessern», sagt Hänzi. Wenn es um den Energieverbrauch geht, steht die IT-Branche weniger im Fokus als andere. Dabei sind die rund 900 Server, die bei der Talus im Keller stehen, auch energieintensiv. Das Unternehmen setzt für die Kühlung des Rechenzentrums auf eine sogenannte Free-Cooling-Anlage, die mit geringem Energieaufwand die Umgebungskälte nutzt.

Support für das CO_2-Gesetz

Für Hänzi ist klar, dass Unternehmen eine Verantwortung haben, die über Gewinnzahlen hinausgeht. Deshalb unterstützt Hänzi auch das revidierte CO_2-Gesetz, das am 13. Juni zur Abstimmung kommt. «Für mich ist zentral, dass mit Anreizen statt Verboten operiert wird. Dadurch gedeihen Innovation und Technologie am besten», betont Hänzi. Ein absolutes Verbot von Ölheizungen wäre aus seiner Sicht beispielsweise übertrieben, da es topografische Gegebenheiten gebe, die Alternativen verunmöglichen würden.

Als ehemaliger FDP-Gemeinderat von Wohlen bei Bern kennt Hänzi nicht nur die unternehmerische Position, sondern auch die Politik gut. «Die öffentliche Hand hat genauso eine Verantwortung wie die Unternehmen. Ein Miteinander ergibt gute Lösungen», ist Hänzi überzeugt. Mit dem CO_2-Gesetz würden die Grundlagen dafür geschaffen. Der Unternehmer setzt sich auch dafür ein, dass die Talus ihr Engagement im Umweltbereich fortsetzt: «Green IT ist immer mehr ein Verkaufsargument.» Für Hänzi ist klar: «Wirtschaftlich und nachhaltig denken muss kein Widerspruch sein.»

Marco Wölfli

«Eine florierende Wirtschaft funktioniert nur mit gesunden Menschen in einer gesunden Umwelt.»

Blueprints.ch

Auf der neuen Plattform Blueprints.ch hält die FDP ihr Engagement in Sachen Umwelt- und Klimapolitik fest. Dazu zählen nicht nur Aktionen auf Bundesebene, sondern auch in den Kantonen und Gemeinden. Neu ist der Bereich Blue KMU, wo Porträts von innovativen, nachhaltigen (und liberalen) Unternehmen zu finden sind. Halten Sie Ihre Smartphone-Kamera auf den QR-Code und Sie gelangen direkt auf Blueprints.ch.

Reformen für eine zukunftsfähige Landwirtschaft sind bereits aufgegleist.

Konstruktive Lösungen statt Skandalisierung

Extreme Agrarinitiativen schiessen über das Ziel hinaus

Die Agrarinitiativen, über die wir am 13. Juni abstimmen, rücken die Schweizer Landwirtschaft noch mehr als sonst in den Fokus der öffentlichen Debatte. Das düstere Bild, das von der Landwirtschaft gezeichnet wird, ist vor allem Abstimmungspolemik und dient der Skandalisierung. Zeit also für einen Schritt zurück und den Blick auf konstruktive Lösungen zugunsten einer zukunftsfähigen Landwirtschaft.

Seit geraumer Zeit häufen sich die negativen Berichterstattungen rund um unser Trinkwasser. Zu lesen ist von überschrittenen Grenzwerten, zu hohen Antibiotikarückständen oder der Überdüngung unserer Böden. Diese Erkenntnisse und Risiken sind ernst zu nehmen und mit geeigneten Instrumenten zu begegnen. Wir alle wollen eine Schweiz mit gesundem Trinkwasser und gesunden Lebensmitteln – und ich persönlich bin nicht bereit, weder auf das eine noch auf das andere zu verzichten. Klar ist aber auch, dass die Initianten aus strategischem Kalkül diese Berichterstattung zugunsten ihrer Anliegen nutzen. Die daraus entstehende Polemik soll Unsicherheit und Angst wecken – um die Abstimmungen zu gewinnen. Auf der Strecke bleiben dabei leider zu oft die sorgfältige Auseinandersetzung mit den Fakten. Denn diese sind bei weitem nicht so skandalbehaftet und rechtfertigen es, beide Initiativen zu verwerfen, weil sie klar über das Ziel hinausschiessen.

Signifikante Verbesserungen erzielt

Die vielen positiven Entwicklungen werden in der Debatte ausgeblendet: Allein in den letzten zehn Jahren ging der Verbrauch an chemischen Mitteln für die konventionelle Landwirtschaft um 40 Prozent zurück. Auch insgesamt ist der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln im selben Zeitraum um 27 Prozent gesunken.

Wichtig zu wissen: Alle verwendeten Pflanzenschutzmittel sind von den Behörden offiziell zugelassen, und es gibt ständige, strenge Kontrollen. Wird also zum Beispiel im EU-Raum ein Pflanzenschutzmittel verboten, weil es als gesundheit-

«Die vielen aufgegleisten Massnahmen zeigen: Bund und Parlament ist es ernst.»

lich als gefährlich eingeschätzt wurde, hat das direkte Konsequenzen auf die Zulassung in der Schweiz. Auch das Trinkwasser wird behördlich überwacht und hat im internationalen Vergleich einen der höchsten Standards. Wir können unser Hahnenwasser bedenkenlos trinken – heute wie auch morgen.

Lebensmittelgesetz setzt hohe Standards

Der Gesetzgeber stellt mit dem Lebensmittelgesetz (LMG) ein griffiges Instrument für sauberes Trinkwasser und Lebensmittel bereit. Dort gilt «Wasser für den menschlichen Konsum» als Lebensmittel. Darin legt der Bund auch Rückstandshöchstgehalte von Pestiziden und Nitrat fest, bei deren Einhaltung Lebensmittel inklusive Trinkwasser als gesundheitlich unbedenklich gelten. Stellt die Vollzugsbehörde gesundheitsschädliche Überschreitungen fest, hat es mit Art. 34 LMG die notwendigen Instrumente, um rasch zu handeln.

Handlungsbedarf erkannt und korrigiert

Es ist aber nicht so, dass sich die Politik und die zuständigen Behörden mit den jetzigen Erfolgen oder Standards zufriedengeben. Darum nimmt etwa die parlamentarische Initiative 19.475 «Das Risiko beim Einsatz von Pestiziden reduzieren» die Kernanliegen der Initiativen direkt auf. Bis 2027 sollen die mit Pflanzenschutzmitteln verbundenen Risiken für Oberflächengewässer, naturnahe Lebensräume und als Trinkwasser genutztes Grundwasser um 50 Prozent reduziert werden – der Bundesrat kann zudem den weiteren Absenkpfad festlegen. Bei einer Grenzwertüberschreitung verliert das betreffende Produkt seine Zulassung. Hier wurde ein zentrales Anliegen der Initianten aufgenommen. Nicht zuletzt zeigt der «Massnahmenplan sauberes Wasser», der die parlamentarische Initiative genauer definiert und aktuell in der Vernehmlassung ist, dass es dem Bundesrat ernst ist.

Ein weiteres Beispiel ist der Aktionsplan zur Risikoreduktion und nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln. Damit sollen die Risiken halbiert und Alternativen zum chemischen Pflanzenschutz gefördert werden. Bereits mit dem Start des Aktionsplans Pflanzenschutz im Jahr 2017 haben die Behörden zahlreichen Wirkstoffen die Zulassung entzogen. Im Frühling hat das Parlament die Regeln bei der Pestizidzulassung noch weiter verschärft. Mit dem Aktionsplan werden laut einer Prognose des Forschungszentrums Agroscope des Bundesamtes für Landwirtschaft in fünf Jahren 45 Prozent der freien Flächen und Felder mit mehrjährigen Kulturen pestizidfrei. Das ist schneller und konkreter umsetzbar als mit den extremen Agrarinitiativen – und führt zu weniger unerwünschten Nebeneffekten.

«Die Schweiz hat im internationalen Vergleich einen der höchsten Standards in der Lebensmittelqualität und beim Trinkwasser.»

AP22+ als Chance für die Schweizer Landwirtschaft

Die FDP hat alle diese bereits ergriffenen Massnahmen unterstützt und sich in ihrem Positionspapier vom Sommer 2019 für eine freisinnige Umwelt- und Klimapolitik erneut klar zu einer ökologischeren Landwirtschaft bekannt. Anstatt diese aber mit den extremen Agrarinitiativen mit dem Vorschlaghammer zu forcieren, will die FDP das Ziel mit richtig gesetzten Rahmenbedingungen, Anreizen und mit Technologieoffenheit erreichen. Selbstredend unterstützen wir ebenso die Senkung des Einsatzes der Pflanzenschutzmittel, allerdings wäre ein komplettes Anwendungsverbot dieser Wirkstoffe kontraproduktiv. Es fehlen wirksame Alternativen in diversen Kulturen. Bei einem vollständigen Verzicht wäre die Qualitätsproduktion gefährdet, und es droht eine hohe Resistenzgefahr.

Anstatt zu skandalisieren, will die FDP mehr Zeit in die Weiterentwicklung der Agrarpolitik investieren. Ein zentraler Pfeiler in dieser umfassenden Debatte ist die Agrarpolitik nach 2022 (AP22+). Sie baut auf den vorhergehenden Massnahmen auf und soll einerseits dazu beitragen, die Schweizer Landwirtschaft und insbesondere gesunde Schweizer Lebensmittel und Trinkwasser zu sichern. Andererseits soll sie zur Stärkung der Effizienz der Betriebe und zur Reduktion der Umweltbelastung führen. Die stark kritisierte Aufschiebung der Debatte über die AP22+ blendet jedoch aus, dass der ursprüngliche Entwurf bei weitem nicht den Ansprüchen einer umfassenden Weiterentwicklung gerecht wurde. Produktionsentscheide sollen verstärkt auf die Nachfrage der Konsumenten, Selbstverantwortung und Innovationskraft der Landwirtschaft ausgerichtet werden. Es war darum richtig, für die AP22+ eine Gesamtschau zur zukünftigen Ausrichtung der Agrarpolitik mit der vertieften Prüfung von Verbesserungsmöglichkeiten zu fordern. Nur so können die Weichen für eine zukunftsgerichtete Schweizer Landwirtschaft mit einer qualitativ hochstehenden Produktion in einem wettbewerbsfähigen Umfeld gestellt werden.

Daniela Schneeberger, Nationalrätin BL

Die beiden Agrarinitiativen schiessen übers Ziel hinaus.

Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Modernes Steuersystem im Fokus

Die FDP Frauen setzen sich dafür ein, dass sich Familie und Beruf besser vereinbaren lassen.

Die FDP Frauen haben die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf seit Jahren auf die politische Agenda gehievt. Hohe Kinderbetreuungskosten und die «Heiratsstrafe», die verheiratete und in eingetragener Partnerschaft lebende erwerbstätige Paare steuerlich für ihr Zweiteinkommen zusätzlich zur Kasse bittet, schaffen enorme finanzielle Fehlanreize.

Am 27. September 2020 lehnte das Schweizer Stimmvolk eine Erhöhung der Steuerabzüge für familienexterne Kinderbetreuung auf CHF 25 000 pro Kind sowie des allgemeinen Kinderabzuges auf CHF 10 000 mit wuchtigen 63,2 Prozent ab. Wenn auch die FDP.Die Liberalen-Frauen die höheren Fremdbetreuungsabzüge bei den direkten Bundessteuern auf CHF 25 000 pro Kind und Jahr mit Enthusiasmus befürworteten, waren wir gegenüber der Erhöhung des allgemeinen Kinderabzugs sehr kritisch eingestellt. Dies, weil er aus volkswirtschaftlicher Sicht eine teure Entlastungsmassnahme mit geringer (oder gar negativer) Auswirkung auf die Berufstätigkeit von Müttern dargestellt hätte. Aus diesem Grund reichte FDP-Nationalrätin Christa Markwalder bereits in der Sommersession 2020 eine parlamentarische Initiative ein, welche nur die Erhöhung der Abzüge für die familienexterne Betreuung fordert.

Neuer Anlauf für Steuerabzüge

Diese auf die Drittbetreuungskosten beschränkte Erhöhung der Steuerabzüge hat nachweislich bessere Auswirkungen auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Mit voraussichtlichen Steuerausfällen von rund CHF 10 Mio. pro Jahr ist sie zudem sehr günstig im Vergleich zur abgelehnten Vorlage, welche zu Mindereinnahmen von rund CHF 360 Mio. pro Jahr geführt hätte. Das sah auch die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates (WAK-N) so und verabschiedete am 13. April 2021 mit 20 zu 4 Stimmen bei 1 Enthaltung einen Erlassentwurf zuhanden des Nationalrates. Die Vorlage wird in der Sommersession 2021 behandelt.

Modernes Steuersystem ist gefragt

Doch das Ringen um eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf lässt sich im Steuerbereich nicht nur mit einer Erhöhung der Abzüge für die familienexterne Kinderbetreuung erreichen. Vielmehr ist eine ganzheitliche Strategie gefordert, welche steuerliche Fehlanreize nachhaltig beseitigt. Dazu gehört auch der Wechsel von der heutigen Ehepaarbesteuerung zur zivilstandsunabhängigen Individualbesteuerung. Dieses Thema forcierte FDP-Nationalrätin Christa Markwalder ebenfalls mit einer Motion im Nationalrat, die ebenfalls in der Sommersession behandelt werden soll. Zusätzlich wird durch die von den FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz im März 2021 lancierte Volksinitiative weiter Druck auf den Bundesrat aufgebaut, sich dieses wichtigen Themas endlich anzunehmen.

Fachkräftepotenzial besser nutzen

Durch einen Wechsel zur Individualbesteuerung können negative Erwerbsanreize, welche vor allem gut ausgebildete Frauen vom Arbeitsmarkt abhalten, beseitigt werden. Die steuerliche Benachteiligung von Ehepaaren mit Zweitverdienst ist sowohl aus gleichstellungspolitischer als auch aus wirtschaftspolitischer Sicht nicht länger zu verantworten. Investiert doch der Staat jedes Jahr eine enorme Summe an Steuergeldern in die Ausbildung von Fachkräften, deren Potenzial schlussendlich nicht ausgeschöpft werden kann. Darum setzen wir uns für ein fortschrittliches, faires Steuersystem ein – helfen auch Sie mit und unterschreiben Sie unsere Volksinitiative unter www.individualbesteuerung.ch. Herzlichen Dank!

Ursina Flütsch
Projektleiterin Politik und Medien,
FDP Frauen Schweiz

Erfahrungen von der Front

Renteninitiative auf der Zielgeraden

Die Jungfreisinnigen sammeln seit Monaten Tausende Unterschriften für die Renteninitiative. Jetzt befinden sie sich im Schlussspurt. Fünf Zürcher Jungfreisinnige erzählen, wie sie die zahlreichen Unterschriftensammlungen und Begegnungen mit unzähligen Menschen erlebt haben.

Was bringt eine Initiative? Eine Initiative bringt Bewegung in eine Sache, die zu Unrecht stillsteht. In der Altersvorsorge verzeichnen wir leider mehr Stillstand als fortschrittliche Politik. Für uns Jungfreisinnige ein Grund, einen Stein ins Rollen zu bringen. Doch dieser Stein rollt nicht von selbst. Aber was wir Freisinnige mit Unternehmerherzen wissen: «Vo nüt chunt nüt.» So ist es auch bei Initiativen. Seit über einem Jahr stehen die Jungfreisinnigen deshalb auf der Strasse und sammeln nicht nur Unterschriften, sondern auch Erfahrungen. Wir geben nicht nur unserer Jungpartei ein Profil, sondern auch der nächsten Generation eine Perspektive: Eine Altersvorsorge, die auch uns noch eine Rente garantiert. Alle Beteiligten machen dabei unterschiedliche Erfahrungen, wie die folgenden Porträts verschiedener Jungfreisinnigen zeigen.

Severin Luder, Bezirk Meilen

Was Jugendpolitik für mich bedeutet? Jugendpolitik bedeutet für mich kein Marathon, bei dem man bei Kilometer 0 anfangen muss. Es ist ein Staffellauf. Politiker verschiedener Generationen nehmen den Staffelstab auf und tragen ihn weiter bis zur nächsten Person. Die Jungen nehmen den ihrigen auf und können von den Erfahrungen profitieren, die die Person vor ihnen gemacht hat. Die Übergabe des Stabes muss geordnet vonstattengehen, damit der Stab von der nachfolgenden Person sauber übernommen werden kann. Wir lernen von den Erfahrungen der Generationen vor uns und können diese Erfahrungen auf die Probleme, die auf uns zukommen, anwenden. Die Herausforderungen verändern sich vielleicht, aber die Methoden können wir von vorherigen Generationen übernehmen und weiterentwickeln. Von erfahrenen Generationen lernen, das macht für mich Jugendpolitik aus. Aber die vorherige Generation muss auch von uns lernen wollen: Deshalb engagiere ich mich mit Herzblut für die Renteninitiative.

Marco Vettiger und Nadine Lenz, Bezirk Oberland

Unsere noch junge Sektion Zürcher Oberland existiert seit Januar dieses Jahres, und seither engagieren wir uns für die Renteninitiative. Mit grossem Elan, viel Freude und einer Prise Geduld gehen wir wöchentlich auf die Strasse Unterschriften sammeln. Dabei spüren wir immer aufs Neue, wie wichtig die Altersvorsorge für die jungen Menschen ist. Ob diese dann der Initiative zustimmen, sie ablehnen oder eigene Vorschläge zur AHV bringen, das Thema ist immer hochemotional. Es haben uns sogar verschiedene junge Menschen beim Unterschriftensammeln unterstützt, die nicht Mitglied unserer Partei waren. Dies, weil das Thema für sie eine Herzensangelegenheit ist. Solche Erfahrungen zeigen die Wichtigkeit der Jungparteien in der Schweizer Demokratie. Wir haben die Aufgabe, den Sorgen und Ideen der jungen Bevölkerung eine Stimme und eine Chance zu geben. Mit dem Sammeln von Unterschriften für die Renteninitiative tun wir genau dies, weshalb wir motiviert sind, bis im Juli unseren Beitrag zur Renteninitiative zu leisten.

Sandro Frei (links) und Luis Deplazes

Sandro Frei und Luis Deplazes, Bezirk Stadt Zürich

Ja, es braucht Überwindung, fremde Leute auf der Strasse bei jedem Wetter zu jeder Uhrzeit anzusprechen. Doch mit der Zeit legt sich die zu Beginn vorhandene Vorsicht und Scheu, und man schätzt den Kontakt zu den Leuten, ihnen zuzuhören und zu diskutieren. Immer mehr entwickelte sich ein regelrechter Wettbewerb innerhalb der Sektionen, wer am meisten Unterschriften sammeln kann. Beim Sammeln stellte sich ein gerade in der Corona-Zeit oft vermisstes Zusammengehörigkeitsgefühl ein. So hat es Spass gemacht, auch in anderen, kleineren Sektionen zu sammeln und weitere engagierte und motivierte Mitglieder anzutreffen, die dasselbe Ziel verfolgen. Die FDP hat bis anhin als einzige grössere Partei der Schweiz noch nie eine Initiative zustande gebracht. Wir wollen dies ändern und sind überzeugt, dass dies uns mit einem engagierten Schlussspurt gelingen wird.

Gioia Porlezza
Vizepräsidentin Jungfreisinnige Kanton Zürich

Marco Vettiger

Nadine Lenz

Die Sommersession findet vom 31. Mai bis am 18. Juni statt. (Bild: Jane Schmid)

Rückkehr zur parlamentarischen Normalität?

Entscheidende Geschäfte für die FDP

Nachdem für mehr als ein Jahr die Corona-Krise die Arbeit des Parlaments fast vollends beherrschte, scheinen mit der Sommersession nun wieder andere politische Schwerpunkte in den Vordergrund zu rücken. Eine Rückkehr zur parlamentarischen Normalität ist zumindest absehbar.

Mit dem (langsamen) Fortschreiten der Impfkampagne und dem verheissungsvollen Öffnungsplan des Bundesrats scheint nun endlich Licht am Ende des Tunnels. Der Weg zurück in die Normalität bestimmt aber nicht nur den Alltag, sondern zeigt sich auch daran, dass sich das Schweizer Parlament wieder anderen politischen Schwerpunkten als die Corona-Krise widmet. Für die FDP von grösster Relevanz sind dabei folgende Themen:

Vorsorge

Nach der Erstberatung der AHV21 im Ständerat ist nun der Nationalrat an der Reihe. Es wird auch in der Grossen Kammer absolut zentral sein, dass sich die bürgerlichen Parteien auf eine gemeinsame Lösung einigen. Nur so kann die Angleichung des Rentenalters 65 endlich mehrheitsfähig gestaltet und bezüglich Mehrwertsteuererhöhung vernünftig bleiben. Wie bereits im Ständerat bleibt der grosse Streitpunkt die Ausgleichsmassnahmen für die Rentenalterserhöhung der Frauen. Dank der FDP konnte sich in der Vorberatung eine bürgerliche Lösung durchsetzen, die die finanziellen Verbesserungen nicht gleich wieder zunichtemacht.

Transparenz

Der vernünftige indirekte Gegenvorschlag zur Transparenz-Initiative befindet sich auf der Zielgeraden. Nachdem im Nationalrat dank der FDP bereits in den letzten Sessionen ein Kompromiss über die Höhe des Schwellenwerts, ab welchem Spenden künftig offengelegt werden müssen, erreicht werden konnte, sind nun in der Sommersession nur noch letzte Differenzen in beiden Räten zu bereinigen. Damit steht dem Gegenvorschlag kaum noch etwas im Weg, um in der Schlussabstimmung angenommen zu werden. Mit der Annahme des indirekten Gegenvorschlags in beiden Räten ist der Rückzug der gefährlichen Volksinitiative in Griffnähe.

Aufhebung der Industriezölle

Der Bundesrat wie auch die FDP wollen mit der Aufhebung der Industriezölle die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Unternehmen verbessern und die Konsumentinnen und Konsumenten entlasten. Das ist speziell in Zeiten einer Krise absolut entscheidend. Nach dem enttäuschenden Nichteintreten des Nationalrates im Sommer 2020 hat der Ständerat die Abschaffung im Winter 2020 ohne grosse Beratung unterstützt. Die FDP hegt die Hoffnung, dass der Nationalrat sich der Relevanz der Vorlage mittlerweile bewusst geworden ist und auf die Vorlage eintritt sowie in der Gesamtabstimmung zustimmt.

Abschaffung der Stempelsteuer

Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Ständerats ebnete im April den Weg für eine Wiederaufnahme der Beratungen zur Abschaffung der Stempelsteuer. Die Abschaffung dieser weltweit einzigartigen Abgabe zum Nachteil des Wirtschaftsstandorts Schweiz ist ein jahrelanges Anliegen der FDP, das aus dem Jahr 2009 stammt und aufgrund der Corona-Krise wieder hochaktuell ist. Nun ist es am Ständerat, der Empfehlung seiner vorberatenden Kommission zu folgen und während der Sommersession die Sistierung der Vorlage aufzuheben. Damit wäre die Tür einen Spalt weit offen, um diese veraltete Abgabe endlich abzuschaffen.

Beat Walti
Fraktionspräsident und Nationalrat ZH

Rückblick Sondersession 2021

Die Sondersession im Nationalrat diente wie üblich dazu, die vielen hängigen Geschäfte und Einzelvorstösse abzuarbeiten. Eigentlich ist sie darum seit Jahren zu einer regulären Session geworden. Im Zentrum des Geschehens stand einerseits die Beratung zur Volksinitiative für die Organspende, bei der eine emotionale Diskussion am Ende zu einem doch klaren Entscheid zugunsten einer Widerspruchslösung resultierte. Andererseits stand die Erstberatung des DNA-Profil-Gesetzes auf der Traktandenliste. Wichtigster Streitpunkt war, wie detailliert die Analyse von DNA-Spuren für die Ermittlungsbehörden genutzt werden dürfen. Die FDP konnte dank einer konsequenten Haltung die vielen Angriffe zur Verschärfung der Anwendung erfolgreich abwehren.

Salaternte in Villeneueve, VD. (Bild: istock/makasana)

Mehr Schaden als Nutzen

2 x Nein zu den extremen Agrarinitiativen

Anders als die Initianten suggerieren, sind gesunde Lebensmittel und sauberes Trinkwasser auch bei einem Nein zu den Agrarinitiativen sichergestellt: Bundesrat und Parlament haben bereits griffige Massnahmen beschlossen, die praktikabel sind und rasch wirken. Die FDP lehnt die beiden extremen Initiativen ab.

Die Pestizidverbotsinitiative verlangt ein Verbot von synthetischen Pestiziden in der landwirtschaftlichen Produktion, in der Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse und in der Boden- und Landschaftspflege. Nicht erklären können die Initianten, weshalb eine Unterscheidung zwischen synthetischen und anderen Pestiziden gemacht und wie sie umgesetzt werden soll. Klar ist hingegen: Diese extremen Produktionsvorschriften führen de facto zu einem Bio-Zwang. Die Wahlfreiheit der Konsumentinnen und Konsumenten wird massiv eingeschränkt und die verarbeitende Lebensmittelindustrie gegenüber ausländischen Produzenten empfindlich benachteiligt. Dazu kommt die Verletzung von internationalen Handelsverträgen.

Initiative mit leeren Versprechen

Die Trinkwasserinitiative hingegen fordert, dass nur noch Landwirtschaftsbetriebe Direktzahlungen erhalten, die auf Pestizide und vorbeugenden Antibiotikaeinsatz verzichten. Dieses Anliegen tönt auf den ersten Blick nach einem liberalen Anreizsystem. Nimmt man die Trinkwasserinitiative genauer unter die Lupe, offenbaren sich allerdings gravierende Nachteile. Ein Ja zur Trinkwasserinitiative führte zu einem spürbaren Produktionsrückgang mit steigenden Preisen für Inlandprodukte und zu zunehmendem Import von Lebensmitteln. Der Selbstversorgungsgrad von heute 55 Prozent würde weiter sinken. Schlimmer bezüglich Auswirkungen für die Umwelt: Die grossen Landwirtschaftsbetriebe im Schweizer Mittelland sind heute nur zu einem kleinen Teil von Direktzahlungen abhängig. Wird die Trinkwasserinitiative angenommen, besteht die Gefahr, dass diese Betriebe ganz auf Direktzahlungen verzichten und dafür mit «weniger Ökologie» ihre Erträge optimieren, um die ausfallenden Direktzahlungen zu kompensieren – das Gegenteil dessen, was die Initiative verspricht.

Für Landwirtschaftsbetriebe mit Tierhaltung wäre die Trinkwasserinitiative besonders gravierend. Landwirtschaftsbetriebe sollen ihre Tiere nur noch mit selbstproduziertem Futtermittel versorgen. Wer Futter zukauft oder importiert, erhält keine Direktzahlungen. Das ist praxisfremd. Schweine-, Geflügel- und Eierbetriebe sind auf Futtermittelzukäufe angewiesen. Auch bei einer Produktion nach Bio-Standards können sie die Voraussetzungen der Trinkwasserinitiative für Direktzahlungen aufgrund der unsinnigen Selbstversorgungsklausel nicht erfüllen. Damit setzt die Initiative falsche Anreize, sie verhindert eine sinnvolle Strukturbereinigung und Arbeitsteilung in der schweizerischen Landwirtschaft.

Nein zur Schwächung des Forschungsstandorts Schweiz

Besonders stossend ist, dass die Förderung von Forschung, Beratung und Ausbildung durch die Trinkwasserinitiative nach ideologischen Vorgaben eingeschränkt wird. Eine Förderung durch den Bund ist nur noch zulässig, wenn dabei eine Landwirtschaft unterstützt wird, die für die Produktion ohne Pestizide, ohne einen prophylaktischen oder regelmässigen Antibiotikaeinsatz auskommt und einen Beitrag zur Biodiversität leistet. Gerade der Antibiotikaeinsatz konnte dank Forschungsprojekten bereits deutlich reduziert werden – das soll auch weiterhin möglich sein.

Der Bundesrat hat griffige Ziele definiert

Bundesrat und Parlament haben den Handlungsbedarf für eine ökologischere Landwirtschaft klar erkannt. Der Bund hat bereits verbindlich griffige Ziele definiert wie die Belastung von Gewässern durch Pestizideinsatz reduziert werden kann. Das Parlament hat in der Frühlingssession die Massnahmen nochmals verschärft und verabschiedet.

Die FDP spricht sich gegen die Agrarinitiativen aus

Die FDP spricht sich deshalb klar gegen die extremen Agrarinitiativen aus. Auch für den Bundesrat sind die Pestizidverbotsinitiative und die Trinkwasserinitiative zu extrem. Denn ihre Forderungen hätten weitreichende negative Folgen: Unsere Wahlfreiheit, Forschung und Innovation würden massiv eingeschränkt.

Beat Walti
Fraktionspräsident und Nationalrat ZH

Das Covid-19-Gesetz bildet die Grundlage für die Unterstützung betroffener Betriebe wie zum Beispiel Restaurants.

Ein ungeeigneter Sündenbock

Ja zum Covid-19-Gesetz

Am Covid-19-Gesetz droht sich die über das letzte Jahr aufgestaute Frustration zu entladen. Es wäre der falsche Prügelknabe. Denn bei einer Ablehnung entfallen auch die wirtschaftlichen Hilfen, die die Unternehmen vor pandemiebedingten Konkursen und Massenentlassungen bewahrt haben.

Die Pandemie schränkt seit mehr als einem Jahr unser Leben ein. Mit zunehmender Dauer nimmt der Unmut in der Bevölkerung zu. Verständlich, denn Covid-19 gefährdet nicht nur die Gesundheit, sondern auch viele Existenzen. Ventil des Frustes ist das Covid-19-Gesetz, das als Prügelknabe für alles herhalten muss. Das ist völlig verfehlt: Denn das Covid-19-Gesetz ist der Rettungsring, der dafür sorgt, dass viele Unternehmen nicht untergehen.

Widerstand beruht auf irrtümlichen Annahmen

Die Gegner des Gesetzes schrecken vor keiner falschen Behauptung zurück. Umso wichtiger ist es darum klarzumachen, was das Covid-19-Gesetz nicht regelt. Schutzmassnahmen und Lockdowns regelt das Epidemiengesetz. Genauso wenig enthält die Vorlage eine Impfpflicht oder ein Maskenobligatorium. Entgegen den falschen Behauptungen ändert ein Nein am 13. Juni nichts an Schutzmassnahmen und Lockdowns.

Unterstützung für die gebeutelte Wirtschaft

Dahingegen bildet das Gesetz die Grundlage für die dringend notwendigen wirtschaftlichen Unterstützungshilfen für die betroffenen Unternehmen und die Bevölkerung. Dazu zählen vereinfachte Kurzarbeitsentschädigungen für Angestellte sowie finanzielle Unterstützung für Unternehmen, insbesondere in den stark gebeutelten Sektoren Gastronomie, Tourismus, Medien, Kultur und Sport. Auch Selbstständigerwerbende erhalten dadurch Anrecht auf eine Entschädigung. Bei einer Ablehnung entfallen diese Unterstützungshilfen nach dem 25. September 2021. Das wäre bei anhaltender Pandemie oder im Falle einer weiteren mutationsbedingten Pandemiewelle nach September 2021 fatal: Konkurse und Massenentlassungen könnten die Folge sein, was die Auswirkungen der Pandemie weiter verschlimmern würde.

Engere Leitplanken für den Bundesrat

Darüber hinaus behaupten die Gegner fälschlicherweise, der Bundesrat würde mit weitreichenden Kompetenzen ausgestattet – das Gegenteil ist der Fall. Wie das? Während der Pandemie musste der Bundesrat die Massnahmen zur Abfederung des wirtschaftlichen Schadens mehrheitlich über notrechtliche Verordnungen erlassen. Diese lassen sinnvollerweise einen erheblichen Freiraum zu. Das Covid-19-Gesetz setzt dem Bundesrat hingegen engere Leitplanken und schränkt dessen Kompetenzen klar ein. Beispielsweise garantiert es den Einbezug der Kantone, der Sozialpartner und des Parlaments für den Ausbau der Unterstützungsmassnahmen. In der Konsequenz ist der Handlungsspielraum des Bundesrates durch das Covid-19-Gesetz richtigerweise enger definiert, und es besteht nun eine klare, durch das Parlament geschaffene gesetzliche Grundlage.

Falsche Zeit für eine Frustbekundung

Jetzt ist nicht Zeit, aus Frustration ein Exempel zu statuieren. Und schon gar nicht die Zeit, den Corona-gebeutelten Unternehmen und der Bevölkerung die wichtigen wirtschaftlichen Unterstützungshilfen zu entziehen. Darum stimme ich am 13. Juni Ja zum Covid-19-Gesetz.

Regine Sauter
Nationalrätin ZH

«Das Covid-19-Gesetz ist ein wichtiger Schritt weg vom Notrecht hin zu einem von der Bundesversammlung legitimierten Krisenmanagement.»

Damian Müller (rechts) und zahlreiche weitere Parlamentarier unterstützen die Vorlage. (Bild: Thimea Häfliger)

Wirksamer Klimaschutz

Ja zum CO_2-Gesetz

Mit dem Pariser Klimaabkommen hat sich die Schweiz schon 2017 verpflichtet, ihren Beitrag zu leisten, damit die internationale Gemeinschaft von über 190 Vertragsstaaten des Pariser Abkommens die globale Erwärmung auf 1,5 °C begrenzen kann. Das CO_2-Gesetz ist wirtschaftsfreundlich ausgestaltet, was sich unter anderem durch die breite Unterstützung der Wirtschaft zeigt. Die Ja-Allianz besteht aus fast allen Parteien (FDP, Mitte, Grünliberale, Grüne, EVP und SP), zahlreichen Wirtschaftsverbänden und mehr als 90 zivilgesellschaftliche Organisationen.

Der Klimawandel ist ein globales Problem, und wir müssen Massnahmen ergreifen, um die bereits heute sichtbaren Folgen wie den Rückzug der Gletscher, die Zunahme extremer Wetterereignisse, die Verschiebung der Niederschläge in den Winter und den Rückgang der Artenvielfalt zu dämpfen. Es zeigt sich: Wir sind auf dem richtigen Weg, es muss aber noch mehr getan werden, wenn die Schweiz ihre Reduktionsziele bis 2030 erreichen will.

Das Verursacherprinzip wird gestärkt

Im Zentrum des CO_2-Gesetzes steht das Verursacherprinzip. Das bedeutet, dass «wer mehr verschmutzt, mehr zahlt». Somit profitieren beispielsweise Hauseigentümer, die weniger Heizöl verbrauchen oder anstelle von Öl und Gas mit erneuerbaren Energien heizen. Eine Familie, die sich entscheidet, weniger oder gar nicht zu fliegen, profitiert ebenfalls. Die Folge daraus ist, dass die Landbevölkerung vom CO_2-Gesetz profitiert, während die Städterinnen und Städter einen Anreiz erhalten, ihren Verbrauch fossiler Energien zu reduzieren.

Die ganze Welt handelt – wir machen mit

Beim Klimaschutz geht es nicht nur um einzelne nationale Massnahmen, sondern um ein globales Miteinander. Die Schweiz hat sich international mit 190 weiteren Staaten zur Reduktion der Treibhausgasemissionen und zu mehr Klimaschutz bekannt. Die USA ist nach der Wahl ihres neuen Präsidenten Joe Biden wieder zum Kreis der Unterstützer des Pariser Klimaabkommens zurückgekehrt. Auch die Europäische Union, Japan, Kanada und sogar China haben in den Jahren 2020 und 2021 verstärkte Klimaziele beschlossen.

Das CO_2-Gesetz fördert die Innovation

Mit dem Klimafonds werden neue Projekte zur Förderung von Innovation gezielt unterstützt, wie zum Beispiel die Planung und Finanzierung von Fernwärmenetzen als wichtigen Beitrag an die Dekarbonisierung des Wärmesektors oder der Aufbau von Ladestationen für Elektroautos als zentraler Hebel für eine rasche Elektrifizierung der Mobilität. Auch unterstützt der Fonds die Sanierung von Gebäuden und von Ersatzneubauten sowie den Einbau von CO_2-freien Heizungen. Und schliesslich erhalten Schweizer Unternehmen mit dem Klimafonds Unterstützung, um klimafreundliche Technologien rascher auf den Markt zu bringen. Zu den Nutzniessern gehört deshalb auch die Luftfahrtindustrie, denn bis zu 49 Prozent der Flugticketabgabe können dafür verwendet werden, innovative Methoden zur Produktion erneuerbarer Flugtreibstoffe voranzubringen. Während aktuell das Fliegen mit sogenannter Flugscham behaftet ist, zielt das CO_2-Gesetz darauf, auch das Fliegen klimaverträglich zu machen, und für die Schweiz entstehen neue Chancen im globalen Wettbewerb.

Weniger Abhängigkeit von fossilen Energien

Das CO_2-Gesetz hilft der Bevölkerung und der Wirtschaft, die Abhängigkeit von importiertem Öl, Gas und Kohle frühzeitig zu reduzieren. Jedes Jahr fliessen rund 8 Milliarden Franken für fossile Energien ins Ausland. Mit dem neuen CO_2-Gesetz können wir einerseits diese Abhängigkeiten der Schweiz schrittweise reduzieren und andererseits früh den Weg für neue, nicht fossile Sektoren ebnen, die unsere Versorgungssicherheit in Zukunft gewährleisten.

Das Gesetz basiert auf dem Positionspapier der FDP

Das CO_2-Gesetz ist ein konsequenter Schritt, den auch die Basis der FDP fordert, und unsere Fraktion hat das Gesetz im Parlament massgeblich mitgeprägt. Dabei wird auf Lenkungsabgaben und Innovation gesetzt anstatt auf Verbote. Auch sorgt das CO_2-Gesetz dafür, dass wir keine Kosten auf dem Buckel der kommenden Generationen verursachen. Die ganze Welt handelt und wir machen mit – das ist fair und verursachergerecht.

Damian Müller, Ständerat LU

«Die Freiheit der Bürger schützen»

Karin Keller-Sutter setzt sich für ein Ja zum PMT ein

Die Schweiz stimmt am 13. Juni über das Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus ab. Justizministerin Karin Keller-Sutter erklärt, weshalb das Gesetz eine wichtige Lücke schliesst.

Inwiefern kann das Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus (PMT) helfen, Terroranschläge zu verhindern? Reichen die bestehenden Gesetze nicht aus? Nein. Heute kann die Polizei erst eingreifen, wenn bereits eine Straftat verübt wurde. Künftig soll die Polizei im Sinne der Gefahrenabwehr präventiv handeln können. Wir schliessen mit PMT eine wichtige Lücke. Auch in der Schweiz gibt es Personen, von denen eine terroristische Gefahr ausgeht. Mit PMT könnte einer Person beispielsweise ein Kontaktverbot zu radikalisierten Gruppen oder ein Ausreiseverbot auferlegt werden, um eine Reise in den Jihad zu verhindern.

Gibt es konkrete Beispiele, wo die PMT-Massnahmen helfen würden? Ein konkretes Beispiel ist der Fall des früheren Vorbeters der Winterthurer An'Nur-Moschee. Er sitzt wegen IS-Beteiligung eine Gefängnisstrafe ab, spricht aber aus der Haft heraus Drohungen aus. Was passiert mit dem Mann, wenn er seine Strafe verbüsst hat? Um weitere Taten zu verhindern, könnte ihm zum Beispiel ein Kontaktverbot zu radikalisierten Islamisten auferlegt werden. Auch den Attentäter von Morges hätte man möglicherweise besser begleiten können. Ob man den Anschlag verhindert hätte, wissen wir nicht. Sicher ist aber: Heute fehlen uns die Instrumente zur Prävention und polizeilichen Gefahrenabwehr.

Die Gegner befürchten einen massiven Eingriff in die Grundrechte. Zu Recht? Nein, im Gegenteil. Die vorgeschlagenen Massnahmen dienen der Sicherung der demokratischen und rechtsstaatlichen Grundlagen und dem Schutz der Freiheit der Menschen in der Schweiz. Hier geht es um ein Gesetz, das alle rechtsstaatlichen Garantien gewährleistet. Jede Massnahme muss verhältnismässig sein und kann vor einem Gericht angefochten werden. Die Eingrenzung auf eine Liegenschaft muss ein Zwangsmassnahmengericht bewilligen. Wir schützen nicht die Freiheit der Terroristen, wir schützen die Freiheit der Bügerinnen und Bürger. Zudem nimmt die Schweiz mit PMT international keine Sonderrolle ein: Grossbritannien, Frankreich, Deutschland oder die Niederlande setzen bei der Terrorismusbekämpfung vergleichbare Massnahmen ein.

Sind die PMT-Massnahmen und insbesondere der Hausarrest vereinbar mit der EMRK und der UN-Kinderrechtskonvention? Ja. Wir haben die Vereinbarkeit mit der EMRK von Professor Andreas Donatsch gründlich abklären lassen. Das Gesetz respektiert auch die Kinderrechtskonvention. Erzieherische und Kinderschutzmassnahmen haben immer Vorrang. Wir sehen leider auch, dass gerade junge Menschen oft anfällig sind und sich leicht radikalisieren lassen. Die Dschihad-Reisenden aus Winterthur waren 15 und 16 Jahre alt. In der Ostschweiz hatte die Polizei einen minderjährigen Bombenbauer verhaftet. In Grossbritannien betrifft inzwischen jede zehnte Verhaftung im Zusammenhang mit Terrorismus einen Teenager.

Inwiefern stützt sich das PMT auf bereits erprobte Instrumente? Präventiv-polizeiliche Massnahmen sind nichts Neues. Sie dienen der Gefahrenabwehr. Schon heute kann beispielsweise ein gewalttätiger Hooligan am Betreten eines Stadions gehindert werden. Auch bei häuslicher Gewalt kann die Polizei einschreiten, bevor etwas passiert. Das Gleiche wollen wir auch mit PMT erreichen. Es kann ja nicht sein, dass wir präventiv gegen Hooligans vorgehen können, nicht aber gegen terroristische Gefährder.

Interview: Mario Epp

Bilateraler Weg ist der Königsweg

Gesamtbundesrat steht in der Verantwortung

Die FDP begrüsst die Absicht des Bundesrates, den Kontakt mit der EU aufrechtzuerhalten. Solange beide Parteien noch am Verhandlungstisch sind, gilt es, die erfolgreiche Verabschiedung des Rahmenabkommens durch den Bundesrat weiterzuverfolgen. Als mögliche Alternative hat die FDP-Fraktion proaktiv einen Drei-Säulen-Aktionsplan verabschiedet.

Die Schweiz und die EU sind wirtschaftlich eng verflochten. Zuverlässige Beziehungen sind deshalb elementar, und die FDP hat sich stets für den gesicherten bilateralen Weg eingesetzt. In der Diskussion über das Rahmenabkommen erwartet die FDP nun vom Bundesrat, dass er Transparenz schafft über die erfolgten technischen Gespräche und damit eine Beurteilung über deren Fortschritte zulässt. Die FDP-Bundeshausfraktion hat sich bereits mehrmals und intensiv mit dem Rahmenabkommen auseinandergesetzt und ihre Position aus der Konsultation des Rahmenabkommens von 2019 mehrfach bestätigt. Darin hat sie sich grundsätzlich positiv zum Rahmenabkommen geäussert, wobei in drei Bereichen noch Konkretisierungen notwendig sind: Unionsbürgerrichtlinie, Lohnschutz und Guillotine.

Die Teilnahme am Binnenmarkt ist und bleibt der mit Abstand beste Weg, um den Wirtschaftsstandort und damit auch den Wohlstand in der Schweiz zu sichern. Der Gesamtbundesrat steht bezüglich der Verhandlungen nach wie vor in der Führungsverantwortung und muss jetzt Lösungen vorlegen, die für beide Seiten akzeptabel sind. Sollte das nicht möglich sein, muss nach einem anderen Ansatz gesucht werden, um die bilateralen Beziehungen zur EU zukunftsfähig zu gestalten. Zu diesem Zweck hat die FDP-Liberale Fraktion proaktiv einen Drei-Säulen-Aktionsplan entwickelt und am 16. April einstimmig verabschiedet.

1. Säule: Internationale Massnahmen mit der EU

Der Gesamtbundesrat ist in der Verantwortung, die Weiterentwicklung des bilateralen Weges zu sichern. Das wird weder schnell noch einfach möglich sein. Optionen dazu können sein:

Limitierte Dynamisierung der Bilateralen: Die technischen Sachbereiche, wie insbesondere MRA und Luftverkehr, werden mittels eines gesonderten Abkommens bereits heute mit der EU geregelt («dynamisiert»). Das würde eine limitierte Dynamisierung der Bilateralen ermöglichen. Wichtige Bedingung: Verzicht auf «Nadelstiche» (beispielsweise bei der Börsenäquivalenz) und De-Blockierung anderer Abkommen. In die Verhandlungsmasse miteinbezogen werden können im Gegenzug auch offene Punkte der Schweiz wie die Kohäsionszahlungen.

Bilaterale III: Neue Abkommen wie beispielsweise ein Strommarktabkommen, Finanzdienstleitungsabkommen (FDLA) und ein Gesundheitsabkommen können soweit erforderlich mit der von der limitierten Dynamisierung der Bilateralen noch nicht erfassten Abkommen zu einem neuen Vertragspaket der Bilateralen III verbunden werden.

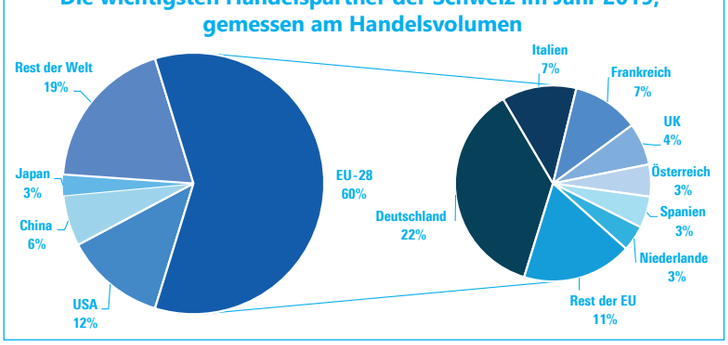
2. Säule: Internationale Massnahmen unabhängig von der EU

Es sind aktiv Partnerschaften mit Staaten ausserhalb der EU zu suchen oder zu intensivieren. Diese sind möglich im Bereich Freihandel (zum Beispiel Mercosur, Indien, USA, WTO); Forschung und Innovationsförderung (bi- und multilaterale Forschungsprogramme ausserhalb der EU); Bildung (bilaterales Programm mit UK); Landwirtschaft/Veterinärwesen (Vorbild Abkommen EU-UK); Finanzbranche (Anerkennung Gleichwertigkeit zwischen Grossbritannien und der Schweiz).

3. Säule: Nationale Massnahmen

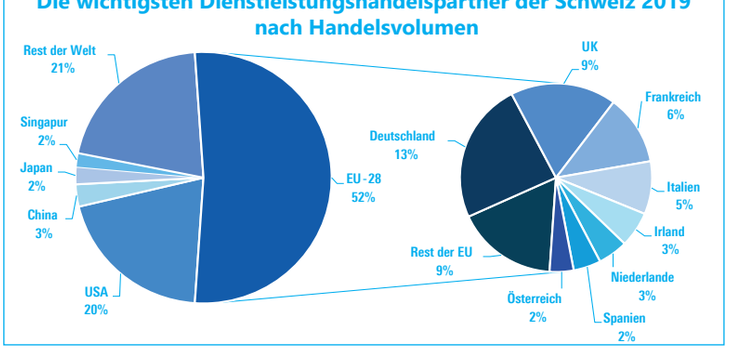
Es sind alle Möglichkeiten auszuschöpfen, die die Schweiz unilateral umsetzen kann, um die negativen Folgen des Scheiterns abzufedern (Kompensation der erschwerten Marktzugänge und neuen Benachteiligungen): Umsetzung nationales Fitnessprogramm (gemäss FDP-Positionspapier «Vorwärtsstrategie für die Schweiz»); Kompensationsmassnahmen (wie zum Beispiel Alternativen zu EU-Äquivalenzanerkennungen der Börsen); autonomer Nachvollzug zwecks regulatorischer Entlastung der Wirtschaft; autonome Anpassungen, um die Anerkennung der Gleichwertigkeit zu forcieren (wie zum Beispiel Anpassung des Datenschutzgesetzes).

Die wichtigsten Handelspartner der Schweiz im Jahr 2019, gemessen am Handelsvolumen



Die Schweiz wies 2019 insgesamt ein Warenhandelsvolumen von 447,49 Mrd. CHF aus. Der Handel mit der EU machte 266,37 Mrd. CHF aus, was einem Anteil von 60 Prozent entspricht.

Die wichtigsten Dienstleistungshandelspartner der Schweiz 2019 nach Handelsvolumen



Die Schweiz verfügte 2019 mit der EU über ein Dienstleistungshandelsvolumen von 131,49 Mrd. CHF. Gemessen am gesamten Dienstleistungshandelsvolumen der Schweiz (252,11 Mrd. CHF) entsprach dies einem Anteil von 52 Prozent.

Peter Hodel ist ab August Solothurner Finanzdirektor.

Die grosse Genugtuung

Peter Hodel ist neuer Solothurner Regierungsrat

Mit der Neuwahl von Peter Hodel und der Wiederwahl von Remo Ankli hält die FDP zwei der fünf Sitze in der Solothurner Kantonsregierung. Der Meisterlandwirt aus Schönenwerd übernimmt das Finanzdepartement und hat grosse Ambitionen.

Die Vorfreude auf die kommende Aufgabe ist Peter Hodel auch am Telefon anzumerken. Der neu gewählte Solothurner Regierungsrat hat soeben die Departementsverteilung hinter sich und zeigt sich zufrieden: «Mit dem Finanzdepartement habe ich mein Wunschdepartement erhalten.» Für Hodel ist klar, dass die Finanzen in der kommenden Legislatur eine besonders wichtige Rolle spielen werden. Dies ist einerseits den finanziellen Auswirkungen der Corona-Pandemie geschuldet, andererseits einer kantonalen Initiative, die Steuersenkungen fordert. Für die Initiative, deren Grundsatz Hodel und die FDP unterstützen, wird die Regierung einen Gegenvorschlag erarbeiten. «Das sind Themen, die mich sicher beschäftigen werden», blickt der designierte Finanzdirektor voraus. Zudem will Hodel eigene Akzente setzen und die Abhängigkeit vom Nationalen Finanzausgleich reduzieren. Solothurn gehört zu den grössten Empfängern pro Kopf. Für Hodel liegt hier Potenzial brach: «Solothurn hat das Potenzial, seine Attraktivität zu steigern, und ich bin überzeugt, dass sich das umsetzen lässt.»

Hodel fühlt sich in der Exekutive wohl

Tatendrang und Gestaltungswille zeichnen den Meisterlandwirt aus. Seit 2005 ist er Gemeindepräsident von Schönenwerd (5100 Einwohner) und seit 2014 Fraktionspräsident der FDP, die im Kantonsrat die grösste Fraktion stellt. «Die neun Jahre im Kantonsrat waren spannend, aber ich politisiere am liebsten in der Exekutive», sagt der 54-Jährige.

Dass Peter Hodel überhaupt in den Regierungsrat gewählt wurde, war keineswegs zu erwarten. Nach dem ersten Wahlgang, bei dem der bisherige Freisinnige Remo Ankli das Bestresultat erzielte, waren drei der fünf Regierungssitze vergeben. Peter Hodel lag auf dem sechsten Platz nur gerade 300 Stimmen hinter CVP-Kandidat Thomas A. Müller. «Bei dieser engen Ausgangslage war die Mobilisierung extrem wichtig», betont Hodel. «Die Partei hat Superarbeit geleistet, und wir haben wirklich alles gegeben.» Dieses Engagement schien bei der Bevölkerung anzukommen. Im 2. Wahlgang machte Hodel aus dem Rückstand einen Vorsprung von 1300 Stimmen und holte sich den fünften Sitz auf Kosten der CVP. «Ich habe es erst geglaubt, als auch Olten, die Heimatstadt meines Konkurrenten, ausgezählt war. Noch nie kam mir eine Stunde so lange vor», erzählt Hodel. Als das Resultat feststand, war die Freude riesig.

Nach den Sitzverlusten bei den Kantonsratswahlen bedeutet der gewonnene Regierungssitz für die FDP Solothurn eine grosse Genugtuung. Auch für Hodel: «Die Wahl ist eine grosse Ehre für mich, aber auch eine Belohnung für die zahlreichen Helfer, die sie ermöglicht haben.»

Vom Bauernhof ins Rathaus

Offizieller Arbeitsbeginn für den neuen Regierungsrat ist der 2. August. Bis Hodel sein Büro im Solothurner Rathaus bezieht, widmet er sich der Übergabe seiner zahlreichen Ämter. Ein sauberer Übergang ist ihm ein grosses Anliegen. Auch für die Arbeit auf dem Bauernhof wird Hodel künftig deutlich weniger Zeit finden. «Wir können die Zusammenarbeit mit dem benachbarten Landwirt verstärken, zudem kann ich auf die grosse Unterstützung meiner Frau zählen.» Mit der getroffenen Lösung sei gesichert, dass auch seine neunjährige Tochter dereinst die Möglichkeit habe, den Bauernhof zu übernehmen. «Sie darf natürlich selbst entscheiden, aber ich will ihr den Zugang zum letzten Bauernhof von Schönenwerd nicht verschliessen», sagt Hodel.

Ab August wird Hodels Fokus mehr auf finanzpolitischen Dossiers statt auf Mutterkuhhaltung und Ackerbau liegen. Er freut sich auf die neue Aufgabe und kann dabei auf einen grossen Rückhalt in der Solothurner Bevölkerung zählen: «Ich habe unglaublich viele Gratulationen und positive Rückmeldungen erhalten. Diese geben mir auch Energie, wenn es einmal schwierig sein sollte.»

Marco Wölfli

Auf die Hochzeit folgt meist eine saftige Steuerrechnung.

Ist Heiraten keine Frage der Liebe mehr?

Plädoyer für die Individualbesteuerung

Vor über 40 Jahren stellte das Bundesgericht fest, dass Ehepaare gegenüber Konkubinatspaaren benachteiligt sind. Trotzdem ist bis heute nichts passiert. Wie kann das sein?

«Kamylla, du machst einen Fehler», das war einer der ersten Sätze, den ich gehört habe, als ich meine Hochzeit verkündete. Der Satz bezog sich nicht etwa auf die Wahl meines Ehemannes Samuel, sondern darauf, dass wir als verheiratetes Paar, noch ohne Kinder, einmal den Bund der Ehe eingegangen, mehr Steuern bezahlen als zuvor.

Durch den ganzen Hochzeitsstress vergass ich diese Aussage schnell wieder, und es kam mir erst wieder in den Sinn, als sich die neue Steuerrechnung im Posteingang befand. Eine kleine Nebenbemerkung – die Steuerrechnung hatten wir bereits vier Tage nach der Trauung im Briefkasten. Wenn doch die Verwaltung immer so schnell und effizient wäre.

Freie Entscheidung eingeschränkt

Dabei störte ich mich nicht einmal daran, dass wir prinzipiell nun mehr Steuern bezahlen müssen. Wir leben schliesslich in der Schweiz, und ich denke, dass hier im Gegensatz zu anderen Ländern diese Einnahmen der Steuern doch grösstenteils vernünftig eingesetzt werden. Auch geht es mir nicht um den Schutz der Ehen, ich beziehe mich aber darauf, dass ich hier in meiner freien Entscheidung eingeschränkt werde respektive eine finanzielle «Bestrafung» erhalte, wenn ich mich für eine Heirat entscheide.

Ich bin der Meinung, jeder sollte eine individuelle und eine freie Wahl haben, unabhängig vom Zivilstand. Die Individualbesteuerung ist der Schlüssel zu einer nachhaltigen und fairen Steuerpolitik, deshalb lege ich Ihnen, werte Leser, nahe, mit uns gemeinsam sich für die Volksinitiative Individualbesteuerung einzusetzen, um diesem Problem nach mehr als 40 Jahren endlich politisch mit einem Lösungsvorschlag entgegenzutreten.

Kamylla Lisi-Brandino ist im Vorstand der FDP Frauen Kanton Zürich sowie der FDP Meilen.

Kamylla Lisi-Brandino
Vorstand FDP Frauen Kanton Zürich

«Jeder sollte eine individuelle und eine freie Wahl haben, unabhängig vom Zivilstand.»

Renteninitiative
Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge

Bis 2045 fehlen der AHV 200 Mrd. Franken!

Die Lösung der Sozialdemokraten:

MWST um 4% erhöhen und KMU schwächen!

Unsere Lösung:

die Renteninitiative.

Jetzt
den beiliegenden Unterschriftenbogen
unterschreiben
und die AHV nachhaltig sichern

Parolenspiegel

für die nächsten eidgenössischen Volksabstimmungen

NEIN	Nein zur Volksinitiative «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung – Keine Subventionen für den Pestizid- und den prophylaktischen Antibiotikaeinsatz»
NEIN	Nein zur Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide»
JA	Ja zum Covid-19-Gesetz
JA	Ja zum CO_2-Gesetz
JA	Ja zum Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT)

AGENDA

3. Juli 2021
Delegiertenversammlung, Martigny

28. August 2021
Sternwanderung in Thun

2. Oktober 2021
Delegiertenversammlung, Ort noch offen

Jetzt Masken bestellen

Schutzmasken sind momentan unverzichtbare Begleiter. Bei der FDP können zertifizierte Stoffmasken mit der Aufschrift «Freiheit und Verantwortung» in den Grössen M und L bestellt werden. Ebenfalls möglich ist die französische Beschriftung «Libre et Responsable». Eine Maske kostet Fr. 7.– plus Versandkosten und lässt sich unter www.fdp.ch/shop bestellen oder einfach den QR-Code mit der Handykamera scannen.

Warum kommt 5G?

Darum ist der weitere Ausbau wichtig

Im Durchschnitt braucht heute jeder von uns hundert Mal mehr mobile Daten als vor zehn Jahren. Nur mit neuen Technologiegenerationen – wie aktuell 5G – können die Mobilfunkbetreiber dieses Wachstum stemmen.

Mobilfunk ist eine Erfolgsgeschichte

Mit jeder Generation kamen neue Anwendungen dazu. Diese entstanden, nachdem die Netze gebaut waren. Für 5G gelten übrigens die gleich strengen Regeln wie für die bisherigen Mobilfunkgenerationen.

swisscom

Was ist jetzt mit 5G?

Mehr zu 5G, Mobilfunk, Gesundheit und Umwelt finden Sie hier.

swisscom.ch/5gflyer